

Abgehobene Vogelperspektive

Annette Widmann-Mauz bekommt Gegenwind bei der Frage der Klinikfinanzierung

Die chronische Unterfinanzierung der Tübinger Kinderklinik verlangt nach politischen Lösungen. Annette Widmann-Mauz (CDU) ist als Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium der Meinung, für solche Lösungen sei gesorgt. Doch der Verband der Universitätsklinika Deutschlands will sich dieser Sicht nicht anschließen.

ULLA STEUERNAGEL

Tübingen. Ein Defizit von drei Millionen Euro für das Jahr 2012 lastet auf der Tübinger Kinderklinik. Die SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid hatte in einem Brief an Gesundheitsminister Daniel Bahr (CDU) die „gedeckelte Betriebskostenfinanzierung“ als „völlig unzureichend“ kritisiert. Die Tübinger Kinderklinik sei damit kein Einzelfall. Die Bundesregierung solle den Krankenhäusern kurzfristig Geld zur Verfügung stellen und das gesamte Vergütungssystem reformieren.

Für Bahr erläuterte nun Annette Widmann-Mauz in einem Antwortschreiben, welche Maßnahmen der Bund zur Finanzierung der Krankenhäuser ergreife. So erhielten die Krankenhäuser „in den Jahren 2012 bis 2014 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von rund 630 Millionen Euro“. Außerdem haben sich die Gesundheitspolitiker der Regierungskoalition für eine „weitere Entlastung der Krankenhäuser in den Jahren 2013 und 2014 in Höhe von rund 880 Millionen Euro ausgesprochen“. Darüber hinaus verpflichtet sich der Bund, sich auch in den kommenden zwei Jahren mit je 20 bis 40 Millionen Euro an der Tariflohnfinanzierung zu beteiligen.

Widmann-Mauz verweist auch auf die Mehreinnahmen durch die Kostendeckelung im Jahr 2011, die nun auf alle Krankenhäuser verteilt würden. Widmann-Mauz kritisiert schließlich einen, in den letzten Jahren vom Land verursachten „Investitionsstau“, der dazu geführt habe, dass die Kliniken Betriebsmittel für Zwecke der Investitions-

finanzierung einsetzen mussten. Zur Situation der Tübinger Kinderklinik bietet die Bundestagsabgeordnete „weitere zeitnahe Gespräche“ an.

An Kostenausreißer wird nicht gedacht

Der Generalsekretär des Verbands der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) und ehemalige kaufmännische Leiter des Tübinger Uniklinikums, Rüdiger Strehl, wirft in einem offenen Brief seines Verbandes Widmann-Mauz nun vor, „nicht einen einzigen praktikablen Ansatzpunkt zur Lösung der faktischen Finanzierungsschwierigkeiten der Tübinger Uni-Kinderklinik“ zu liefern. Die Grundkonzeption der Fallpauschalen würden mitnichten den sogenannten „Kostenausreißern“, den atypischen und seltenen Einzelfällen gerecht. In solchen Fällen fehle es immer noch an geeigneten Vergütungsformen. Kostenausreißer in den Durchschnittspreis einer Fall-

pauschale einzukalkulieren, sei der falsche Weg, denn vom gestiegenen Durchschnittspreis profitierten auch zahlreiche, nicht betroffene Einrichtungen.

Die Umwidmung von Betriebsmitteln zur Finanzierung von Investitionen, die Widmann-Mauz kritisierte, hat für den Verband nichts mit der Frage des Extremkostenproblems zu tun. Dies bestehe unabhängig davon, ob eine Klinik Überschüsse oder Defizite erwirtschaftete. Scharfe Kritik wird auch an dem Zeitraum von „mindestens zwei Jahren“ geübt, den dringende Verbesserungen im Entgeltsystem in Anspruch nehmen.

Eine „abgehobene Vogelperspektive“ wird Widmann-Mauz am Ende des Schreibens vorgeworfen. Und noch deutlicher wird der Brief, indem er ein Widmann-Mauz-Zitat aufgreift: „Wir können Ihnen sagen, wer ‚die Kinder, die Eltern und das Klinik-Personal im Regen stehen lässt‘ (TAGBLATT vom 25. Februar): Sie und die Verantwortlichen in Berlin für die Krankenhausfinanzierung.“